

Handelsverband Wohnen und Büro e.V.
Frangenheimstr. 6 - 50931 Köln

An die
- Mitglieder des HWB-Vorstands
- Mitglieder der Fachpräsidien
- Fördermitglieder
- Landesverbände

Christian Haeser
Geschäftsführer

Frangenheimstr. 6
50931 Köln

Tel.: 0221/ 940 83-50

christian.haeser@hwb.online
www.hwb.online

RS: HWB-2024-06
Köln, 19.04.2024
CH

Sehr geehrte Damen und Herren,
wir möchten Sie heute gerne über die folgenden Themen informieren:

- 1. Entwaldungsfreie Lieferkette – Finalisiertes HWB-Positionspapier und Factsheet
(Anlagen 1 und 2)**
- 2. Europawahl – hier: Wahlprogramme und Kurzeinschätzung
(Anlagen 3 bis 8)**

Mit freundlichen Grüßen



Christian Haeser

Syndikusrechtsanwalt/Geschäftsführer

Zu 1.:

RS: HWB-2024-06

Entwaldungsfreie Lieferkette – Finalisiertes HWB-Positionspapier und Factsheet

Mit Rundschreiben HWB-2024-05 hatten wir Ihnen den Entwurf eines Positionspapiers sowie den Entwurf eines Factsheets zur Entwaldungsverordnung übersandt.

Wir bedanken uns für Ihre Anmerkungen/Ergänzungen, die wir in das Positionspapier (**Anlage 1**) und Factsheet (**Anlage 2**) aufgenommen haben.

Sie können die Unterlagen gerne für Ihre weiteren Gespräche nutzen.

Zu 2.:

Europawahl – hier: Wahlprogramme und Kurzeinschätzung

Die kommende Wahl zum 10. Europäischen Parlament wird vom 6. bis 9. Juni 2024 stattfinden.

Jedes Mitgliedsland der Europäischen Union kann innerhalb dieses Zeitraums selbst festlegen, wann genau im eigenen Land die Wahllokale geöffnet werden sollen. In Deutschland wird die Wahl am Sonntag, den 9. Juni 2024 durchgeführt.

Wir haben uns die Wahlprogramme (**Anlagen 3 bis 8**) angeschaut und befinden einige ausgewählte Punkte als bedeutsam:

SPD:

- **Regulierung verbessern und Planungsprozesse beschleunigen**

Für eine erfolgreiche aktive Wirtschafts- und Industriepolitik müssen wir die Fähigkeit haben, strategische Entscheidungen auf europäischer Ebene zu treffen, und gleichzeitig Bürokratie – wo möglich – abbauen, um Planungsprozesse zu beschleunigen und Raum für Unternehmertum und Kreativität zu schaffen. Ein verantwortungsvoller Abbau von bürokratischen Hemmnissen im Binnenmarkt sind für Großunternehmen sowie für KMU, Start-ups, Selbstständige und Freiberufler dringend notwendig. Derzeit erfolgt die Regulierung von europäischer Industriepolitik vor allem durch die Ad-hoc-Kontrolle von nationaler Beihilfe und über eine Vielzahl von Plattformen und Gremien für unterschiedliche europäische Programme. Dabei fehlen Daten, analytische Ressourcen und gebündelte Kompetenzen auf EU-Ebene. Das wollen wir ändern und die Qualität von EU-Regulierungen verbessern.

- **Ressourcen schonen in einer europäischen Kreislaufwirtschaft**

Oberstes Ziel der EU-Ressourcenpolitik muss die Umsetzung der EU-Abfallhierarchie sein, bei der Materialverbrauch zunächst vermieden und reduziert wird. Mit dem Aufbau einer europäischen Kreislaufwirtschaft im industriellen Maßstab können wir die Effizienz in der Produktion weiter optimieren, den CO₂-Fußabdruck senken und uns unabhängiger vom Import machen. Wir wollen, dass Verbraucherinnen und Verbraucher das Recht bekommen, ihre Produkte auch nach Ablauf der Gewährleistungsfrist und bei einem nach dem Warenkauf entstandenen Mangel kostengünstig reparieren zu lassen. Wir werden unnötige Wegwerf-Verpackungen abschaffen und Hersteller in die Pflicht nehmen, Einweg-Verpackungen zu reduzieren und die Wiederverwendung auszubauen.

- **Gerechte Bezahlung für alle**

RS: HWB-2024-06

Wer Vollzeit arbeitet, muss von der Bezahlung leben können. Dafür war die EU-Mindestlohnrichtlinie ein wichtiger Schritt. Sie verpflichtet die Mitgliedsstaaten dazu, Aktionspläne aufzustellen, um die Tarifbindung zu erhöhen. Ziel ist, dass 80 Prozent der Beschäftigten von Tarifverträgen erfasst werden. Denn tarifliche Bezahlung sollte die Regel sein. Sie sorgt für bessere Bezahlung und Arbeitsbedingungen. Europa kann mehr tun, um die nationale Tarifbindung weiter zu stärken. Dafür soll die Vergabe von EU-Mitteln künftig stärker an Bedingungen wie gute Arbeit und Tarifverträge geknüpft werden. Durch die Aufnahme einer verpflichtenden Tarifreueklausel werden wir daher die Konzessions- und Vergabe-Richtlinien weiterentwickeln. Außerdem kämpfen wir für einen rechtlichen Status für europäische Künstlerinnen und Künstler und andere Selbstständige mit EU-weiten Standards für deren Mindestvergütung, Arbeitsbedingungen und soziale Absicherung.

- **Für ein europäisches Lieferkettengesetz**

Darüber hinaus wollen wir auch außerhalb der Europäischen Union unseren Beitrag leisten für faire Arbeitsbedingungen, den Schutz von Menschenrechten, den Umweltschutz und den Kampf gegen den Klimawandel. Das deutsche Lieferkettengesetz ist hier ein erster wichtiger Schritt, den wir um ein starkes europäisches Lieferkettengesetz ergänzen. Wir wollen so verhindern, dass Produkte, die durch Zwangsarbeit oder Ausbeutung von Mensch und Natur hergestellt werden, überhaupt in den europäischen Binnenmarkt gelangen. Deshalb unterstützen wir die Verordnung über ein Verbot von in Zwangsarbeit hergestellten Produkten, mit starken Kompetenzen der EU-Kommission.

CDU/CSU:

- **Dem Mittelstand eine eigene Stimme in Europa geben.** Für unseren Mittelstand wollen wir den Europäischen Mittelstandsbeauftragten stärken. Er soll zukünftig auch bei allen europäischen Gesetzgebungsverfahren beteiligt werden und die Anwendung der KMU Tests zwingend prüfen.
- **Vorfahrt für mehr Wettbewerb und gute Jobs.** Wir wollen mit einer europäischen Wettbewerbsstrategie unternehmerisches Handeln erleichtern. Gerade für den Wettbewerb mit anderen Weltregionen ist zentral, dass geistiges Eigentum weiterhin effektiv geschützt wird. Wir treten für eine Überprüfung der Taxonomie und des Green Deals auf Praxistauglichkeit und auch im Hinblick auf den internationalen Wettbewerb ein. Das EU-Lieferkettengesetz in seinem aktuellen Entwurf lehnen wir ab. Hierzu wollen wir eine Erfolgs- und Effizienzkontrolle durchführen. Maßnahmen hin zu einem nachhaltigeren Wirtschaftsmodell müssen praxisnah ausgestaltet werden und dürfen die wirtschaftliche Dynamik nicht ausbremsen.
- **Belastungsstopp für neue Regelungen ausrufen.** Die Überregulierung der Wirtschaft wollen wir durch einen sofortigen Belastungsstopp für neue und laufende EU-Initiativen beenden. Die komplexe EU-Gesetzgebung wollen wir konsolidieren, die Berichtspflichten für Unternehmen zusammenfassen und überflüssige EU-Regeln wie z. B. zu Whistleblowern abschaffen. Zudem wollen wir einen unabhängigen europäischen Normenkontrollrat schaffen, der die Bürokratiekosten misst und auch die Erfahrung in den Mitgliedstaaten mit der Anwendung des EU-Rechts berücksichtigt. Wir wollen das „1 in, 2 out“-Prinzip durchsetzen – für jede neue belastende Regelung müssen zwei alte abgeschafft werden – und so Bürokratie spürbar abbauen.

RS: HWB-2024-06

Wir brauchen einen EU Wettbewerbsfähigkeits-Check und einen Aktionsplan zur Reduzierung der regulatorischen Belastung. **Neue Regeln dürfen nur 1:1 ins nationale Recht umgesetzt werden.**

- **Wir stehen zum Subsidiaritätsprinzip, darauf muss sich die EU rückbesinnen.** Wir wollen einen Kompetenzkatalog und einen Check für Institutionen, um gemeinsame Hauptziele zu identifizieren. Dabei müssen aber auch die Kompetenzen berücksichtigt werden, die den Mitgliedstaaten obliegen. **Wir lehnen eine Vergrößerung des EU-Personalbestands ab. Wir müssen in den EU-Behörden ein stärkeres Bewusstsein für die Realitäten vor Ort erzeugen.**

GRÜNE:

- **Mittelstand und Handwerk fördern** Die Innovationsfähigkeit und die Tatkraft der KMU und des Handwerks sind Motor der europäischen Wirtschaft. Gerade in den ländlichen Räumen bieten das Handwerk und KMU Arbeitsplätze und Stabilität. Sie entwickeln, produzieren, installieren und warten beispielsweise Zukunftstechnologien wie Solaranlagen und Wärmepumpen. Europa lebt vom Miteinander und von den Problemlösern vor Ort. Gerade aber KMU, von Industrie bis Handwerk, werden im Verhältnis besonders stark durch die Einführung neuer Regelungen und bürokratische Hürden bei Förderprogrammen belastet. **Wir werden deshalb die KMU-Tests verbessern und konsequent anwenden, mit denen die Auswirkungen von neuen Gesetzen auf KMU entsprechend dem „Think small first“-Prinzip immer vorab überprüft werden, und entsprechend entlastende Anpassungen vornehmen. Wir setzen uns zusätzlich für angemessene Ausnahmen und Übergangsfristen für KMU in neuen Gesetzen ein** und unterstützen bei der Umstellung.
- **Ressourcenverbrauch und Rohstoffabhängigkeiten reduzieren** Der Verbrauch und die Verschwendung von Ressourcen tragen zu den ökologischen und sozialen Krisen unserer Zeit bei. **Wir werden uns daher auch auf europäischer und internationaler Ebene für verbindliche Ressourcenschutzziele einsetzen, um den absoluten Ressourcenverbrauch zu senken,** damit unsere Wirtschaft in Einklang mit den planetaren Grenzen kommt.
- **Zirkulär wirtschaften** Der kluge Umgang mit Ressourcen ist eine der zentralen Voraussetzungen für eine wettbewerbsfähige Wirtschaft. Kreislaufwirtschaft ist im Mainstream angekommen und wir machen sie zum europäischen Erfolgsmodell. Der größte Beitrag zur Rohstoffsicherheit ist das Einsparen von knappen Rohstoffen und ihre wiederholte Nutzung. Die Kreislaufwirtschaft verfolgt das Ziel, dass Materialien und Produkte so lange wie möglich geteilt, geleast, wiederverwendet, repariert, aufgearbeitet und recycelt und Abfälle auf ein Minimum reduziert werden. Das beginnt schon beim Entwerfen von neuen Produkten. **Deshalb wollen wir eine ressourcenschonende, langlebige und umweltfreundliche Gestaltung im Sinne eines „Designs for Reuse, Repair and Recycling“ unterstützen. Es ist gut, dass die Ökodesign- Richtlinie nun auch in diesem Sinne weiterentwickelt wird. Verbrauchsgüter sollen strengere Mindestkriterien erfüllen, um Klima und Ressourcen zu schonen. Produzenten müssen den gesamten Lebenszyklus ihrer Produkte in den Blick nehmen,** damit neben der Produktion auch die Verwendung und die Verwertung möglichst nachhaltig sind.
- **Verbraucherschutz als Standortvorteil begreifen** **Der Rechtsschutz der Verbraucher*innen macht die EU zu einer Union der starken Bürger*innen.** Die Freiheiten

RS: HWB-2024-06

für Waren, Kapital, Dienstleistungen und Personen im europäischen Binnenmarkt gehören zu den größten Standortvorteilen der EU. Der Verbraucherschutz sichert Konsum, Gesundheit und Freiheiten weitreichend ab und macht die EU damit weltweit zur Vorreiterin: Gebührenfreies Roaming, ein nutzerfreundlicher Strommarkt, moderne Infrastruktur oder sichere und langlebige Konsumgüter sind nur einige wenige Beispiele. Und es funktioniert: So verspricht etwa ein einheitliches Ladekabel für mobile Endgeräte, den Kabelsalat in unzähligen Schubladen zu beenden. Der verbindliche europäische Standard stärkt die europäische Kreislaufwirtschaft, verringert Elektroabfall und erleichtert merklich das Leben der Verbraucher*innen. Wir wollen dabei das ganze Spektrum digitaler Endgeräte wie Smartwatches, EReader oder Kopfhörer abdecken und auch kabellose Ladetechnologien miteinschließen. **Das verbindliche Ökodesign, also die Produktion nach Kriterien der Haltbarkeit, Reparierbarkeit und ökologischen Verträglichkeit, beschert den Verbraucher*innen bessere Produkte. Wir setzen uns für eine schnelle Umsetzung der Richtlinien ein, sodass relevante Produktgruppen wie Spielzeug, Möbel oder Kleidung zeitnah umfasst werden.** Geht ein Produkt doch mal kaputt, verspricht das europäische Recht auf Reparatur Konsument*innen den langfristigen Zugang zu Ersatzteilen und Reparaturanleitungen. Ein kaputter Smartphone-Akku, Drucker oder Staubsauger müssen noch lange keine Neuanschaffung bedeuten. **Die Lebensdauer von teuren oder lieb gewonnenen Anschaffungen verlängert sich mit dem Recht auf Reparatur erheblich.**

FDP:

- Die EU braucht einen echten **Mittelstandskommissar**, der sich um faire Wettbewerbsbedingungen für kleine und mittlere Unternehmen sowie um Bürokratieabbau kümmert. Er muss sicherstellen, dass auf **EU-Ebene keine Regelungen eingeführt werden, die von Mittelständlern nicht umgesetzt werden können, und Vorschläge für die Änderung oder Abschaffung bestehender Regelungen erarbeiten, wenn sie den Mittelstand über Gebühr belasten. Jedes Gesetzgebungsverfahren soll außerdem zukünftig einen KMU-Test durchlaufen, der die potentiellen Auswirkungen auf kleine und mittlere Unternehmen (KMU) kritisch durchleuchtet.** Denn der Mittelstand ist das Rückgrat der europäischen Wirtschaft und Antrieb für Wachstum, Innovation und Wohlstand. Die KMU-Definition auf EU-Ebene wollen wir an die Lebensrealität anpassen. Unternehmen mit mittelgroßer Kapitalisierung („Small-Mid Caps“) und größerer Kapitalisierung („Mid Caps“) sollen zukünftig ebenfalls als europäischer Mittelstand definiert werden. Zudem muss die Mitarbeitergrenze von 250 auf 1.250 Mitarbeiter angehoben werden.
- Wir fordern eine verkleinerte Kommission mit 18 Ministern sowie ein **Parlament mit einem Sitz in Brüssel, einem Vorschlagsrecht für den Kommissionspräsidenten und mit einer Gesetzesinitiativbefugnis.** **In einem ersten Schritt muss die nächste Kommission die Selbstverpflichtung eingehen, auf Aufforderung des Parlaments eine Gesetzesinitiative einzubringen.** Der EU-Direktwahlakt sollte das Wahlalter 16, europäische Wahllisten, einen gemeinsamen Wahltag und das Spitzenkandidatenprinzip einführen, aber auf eine Geschlechterquote verzichten. Wir setzen uns dafür ein, dass ein Konvent eine föderale bzw. bundesstaatliche Verfassung für die Europäische Union erarbeitet, über die in einer gesamteuropäischen Volksabstimmung abgestimmt wird.
- Wir fordern eine **Regulierungspause beim Green Deal.** **Unternehmen brauchen zunächst ausreichend Spielraum, um die bereits festgelegten Ziele umzusetzen.**

HINWEIS: Nur zwei Parteien greifen konkrete Punkte des Einzelhandels auf:

Die Linke:

Die Ortskerne wiederbeleben: Wir fördern soziale Zentren überall in der EU! Soziale Zentren sind Ausgangspunkt für neue nachbarschaftliche Gemeinschaften und dienen als Orte der Begegnung. Sie sind Räume für grundlegende Dienstleistungen wie Post und Bank, zivilgesellschaftliche Initiativen und gemeinsames Kaffeetrinken.

*Wir wollen Marktplätze wiederbeleben und den **Einzelhandel** stärken.*

*Wochenmärkte mit lokalen Produzent*innen wollen wir für die wohnortnahe Versorgung mit gesunden und nachhaltigen Produkten fördern.*

*Gute Arbeit und soziale Absicherung für alle Frauen. Frauen arbeiten häufig in prekären, nicht sozialversicherten Beschäftigungsverhältnissen. Wir wollen sie in reguläre Beschäftigung mit guten Arbeitsbedingungen überführen. Für Branchen, deren Geschäftsmodell auf unfreiwilliger Teilzeitarbeit besteht (zum Beispiel im **Einzelhandel**) fordern wir das Recht auf eine Vollzeitstelle.*

*Bessere Bezahlung und mehr Personal in „Frauenberufen“ (Pflege, Sozial- und Erziehungsdienste, **Einzelhandel**). Wir unterstützen Streiks der dort Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften.*

Die Grünen:

*Landwirt*innen müssen gegenüber den Verarbeitern und dem **Einzelhandel** in der Wertschöpfungskette gestärkt werden. Insbesondere der **Einzelhandel** kann und muss einen höheren Beitrag zur Stabilisierung der Erlöse für die Produzent*innen und der Preise für die Verbraucher*innen leisten. Wir setzen uns deshalb für europaweite Regelungen ein, um Preisdumping im Lebensmittelbereich zu beenden.*